

## Diskriminierung von LGBTIQ ist auch auf dem Land ein Problem

Mit ihrer Forderung, sexuelle Minderheiten besser zu schützen, stösst Miriam Locher bei der zuständigen Fachstelle auf Zustimmung

Von Lisa Groelly

**Liestal.** Lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, intersexuelle und queere Personen (LGBTIQ) leiden oftmals unter Diskriminierung. Um dem entgegenzuwirken, hat SP-Landrätin Miriam Locher zwei Vorstösse eingereicht. In einer Interpellation erkundigt sie sich, welche Form der Unterstützung der Kanton Baselland für LGBTIQ-Organisationen leistet und wie der Regierungsrat einer solchen Unterstützung gegenübersteht.

In einem Postulat macht Locher zudem darauf aufmerksam, dass Menschen mit einem LGBTIQ-Hintergrund «unter den Geflüchteten eine besonders verletzte Gruppe bilden». Weil Fachorganisationen dazu raten, für solche Personen separate Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, fordert die Fraktionspräsidentin den Regierungsrat dazu auf, die Einrichtung solcher Unterkünfte im Baselbiet zu prüfen.

Die Interpellation hat der Regierungsrat nun beantwortet. Die Baseltbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion unterstütze die Aids-Hilfe beider Basel mit einem jährlichen Betrag von 192000 Franken. Ausserdem bewirtschaftet der Kanton gemeinsam mit Basel-Stadt die regionale Website der nationalen Plattform «Feel ok», auf der verschiedene Informationen zur sexuellen Identität und Orientierung zu finden sind.

Die Organisationen «anyway» und «habs queer Basel» werden von der Baseltbieter Gesundheitsförderung ideell unterstützt, indem in einer Broschüre sowie auf einer Website auf sie verwiesen wird. Zu seiner Haltung



**Bunte Schar.** In den Städten – wie hier in Zürich – erfahren LGBTIQ von offizieller Seite deutlich mehr Unterstützung als in den Landregionen. Foto Keystone

schreibt der Regierungsrat, er erachte es «als selbstverständlich, dass er die in der Bundesverfassung festgeschriebene Gleichstellung aller sicherstellt».

### «Sehr oberflächlich»

«Haltung zu zeigen, ist schön, doch reicht dies nicht aus, um die Diskriminierung zu bekämpfen», sagt Miriam Locher, die sich von der Antwort wenig begeistert zeigt. «Die Regierung bleibt sehr oberflächlich.» Die Sozialdemokratin fordert deshalb Taten statt Worte. «In anderen Kantonen werden eigens Stellen geschaffen, um die LGBTIQ-

Gemeinschaft besser beraten und unterstützen zu können.»

Dies ist im Baselbiet momentan aber nicht möglich, wie Jana Wachtl, Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung, gegenüber der *BaZ* sagt: «Mit dem aktuellen gesetzlichen Auftrag der Fachstelle und den personellen Ressourcen dafür kann die Unterstützung nicht ausgebaut werden. Da bräuchte es eine Anpassung.»

Wachtl teilt Lochers Auffassung, dass LGBTIQ-Themen im Kanton Baselland kaum sichtbar seien und im Vergleich zu den Städten deutlich weniger

Unterstützung bekämen – obwohl das Problem der Diskriminierung auch im Landkanton bestehe: «Wir erhalten Beratungsanfragen von Personen, die aufgrund der sexuellen Orientierung benachteiligt werden.»

Diskriminierung und Gewalt seien laut den entsprechenden Organisationen häufig. Wie ein Bericht der nationalen LGBT+-Helpline zeigt, wurden im Jahr 2017 pro Woche durchschnittlich zwei Fälle von Diskriminierung gemeldet. Die Betroffenen hätten jedoch nur in 19 Prozent der Fälle die Polizei informiert.

«Es ist die Aufgabe der Gesellschaft, mehr zu investieren und sich zu engagieren», ist Locher überzeugt. Die Münchensteinerin möchte mit weiteren Vorstössen im Landrat dafür sorgen, dass sich an der Situation etwas ändert. Dies würde auch Jana Wachtl freuen: «Aus der Gleichstellungs-Perspektive wäre eine spezialisierte Kontaktstelle für Fragen zu LGBTIQ-Themen, die auch koordinierend wirkt und informiert, sehr wünschenswert.» Der Bedarf für eine solche Stelle müsste bei kantonalen und nationalen Fachstellen sowie bei Betroffenen abgeklärt werden.